

In dieser Ausgabe:

Aus dem Kurs Philosophie/Kulturwissenschaft

„Wir werden noch sehen, dass dazu der Blick auf die Stellung, aus der heraus andere die Welt beobachten, also das Beobachten zweiter Ordnung, hilfreich, wenn nicht unerlässlich ist.“ – Eine andere Chance hat eine Partei nicht, meint Luhmann. Von EVA DETSCHER 1

„Moderne Klassengesellschaften im Wandel – Geschichte und Theorien der sozialen Klassen seit Marx.“ Von BRUNO ROCKER 2

»» **Ankündigung:** Demokratie – Parteiensystem – politisch wirksam sein: Im Herbst geht der Kurs weiter. Am **18./19. Oktober in Hamburg** 3

Aus dem Kurs Wirtschaft:

Einleitung: 1. Rückblick auf das Thema Arbeit / Arbeitsmarkt, 2. Ein neues Thema: Stadt- und Regionalplanung, Wirtschaft im Raum. Von MARTIN FOCHLER 4

Kurs Wirtschaft, Verzeichnis der Kursunterlagen 5

»» **Ankündigung:** Fortführung des Themas Regionale Entwicklung / Wirtschaftsgeografie. Am **26./27. Juli in München** 8

Regionalisierte Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen. Von THORSTEN JANNOFF 6

Krise bei Opel – Das Ruhrgebiet im Strukturwandel. Von THORSTEN JANNOFF 8

Protokoll der Mitgliederversammlung „Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung (ArGe)“ am 4.1.2013 in Erfurt 12

SOMMERSCHULE, 2. – 4.8.2012 IN ERFURT, AUS DEM KURS PHILOSOPHIE/KULTURWISSENSCHAFT

„Wir werden noch sehen, dass dazu der Blick auf die Stellung, aus der heraus andere die Welt beobachten, also das Beobachten zweiter Ordnung, hilfreich, wenn nicht unerlässlich ist.“ – Eine andere Chance hat eine Partei nicht, meint Luhmann

Im Winterkurs wurden zwei Texte von Niklas Luhmann besprochen: Kapitel aus „Die Politik der Gesellschaft“¹ und aus dem Sammelband „Soziologische Aufklärung 6“². Wenn man jetzt kein Kenner der systemtheoretischen Terminologie ist, lesen sich die Texte manchmal etwas sperrig, sind aber durchaus lesbar. Im Folgenden soll der Gedankengang des ersten Textes nachgezeichnet werden.

- 1 Niklas Luhmann: *Die Politik der Gesellschaft*. Suhrkamp Verlag, 2000
- 2 Niklas Luhmann: *Soziologische Aufklärung 6. Die Soziologie und der Mensch. Kapitel: Inklusion und Exklusion*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1995 (2005, 2008)

Organisation

„Politische Organisation“, wie wir sie heute kennen, hat sich nach Luhmann „am Ende einer tausendjährigen Geschichte ... bis an die Spitze des politischen Systems vorgeschoben“. (1, Kapitel 7, Abschnitt I, S. 228) „Erst in dem Maße als politische Parteien anfangen sich die Form einer (Mitglieder-)Organisation zu geben,“ tauchten Funktionäre, Oligarchen und Bürokratie auf. Zwischen Gesellschaftssystem und den in der Gesellschaft gebildeten Organisationssystem muss Luhmann zufolge klar unterschieden werden: unter Rückgriff auf in der Systemtheorie gängige Begriffe – Autopoiesis, Grenzziehung, operative Geschlossenheit und Strukturbildung – beschreibt Luhmann, wie sich Gesellschaft und Organisation aus sich selbst heraus erneuern, wie sie sich voneinander unterscheiden und wie sie miteinander verschrankt sind: Organisationen stellen heute funktional differenzierte Systeme dar, für die jeweils in anderer Weise die Gesellschaft und mit ihr die anderen Organisationen die jeweilige Umwelt darstellt. „Sie machen das Gesellschaftssystem in diesem Sinne so komplex, dass es von keiner Organisation /auch nicht

von der Organisation des Staates aus) als Einheit beschrieben werden kann. Denn immer müsste man dabei berücksichtigen, dass aus der Perspektive anderer Organisationen anderes als innergesellschaftliche Umwelt erscheint und dass auch die Organisation, die eine Gesellschaftsbeschreibung vorlegt, selbst nur Teil der Umwelt anderer Organisationen ist.“ (S. 230)

Griffig wird die wesentliche Unterscheidung Gesellschaftssystem / Organisationssystem durch den „Inklusions- / Exklusionsmechanismus der Organisationen“ (S. 231). Inklusion und Exklusion ist Bedingung für Organisationen, bei Funktionssystemen der Gesellschaft geht das nicht, „denn diese müssen sich für die gesamte Bevölkerung im Sinne des ‚freien‘ und ‚gleichen‘ Zugangs zur Verfügung halten.“ Es ist „ja nicht möglich, alle Personen oder Haushalte, die an Kommunikation teilnehmen, auf jeweils eines der Teilsysteme aufzuteilen, so dass der eine nur wirtschaftlich, der andere nur rechtlich, ein dritter nur wissenschaftlich, ein vierter nur politisch existiert und von den jeweils anderen Funktionssystemen ausgeschlossen ist.“ (S. 231 ff.) Für Funktionssysteme gilt ein Exklusionsverbot! Organisationen hingegen beruhen darauf, dass sie zwischen Mitgliedern und Nichtmitgliedern unterscheiden.

Rasch kommt Luhmann auf das Misstrauen gegenüber „Organisation“ und das leidige Thema vom Widerspruch zwischen Anspruch der Organisation („Programm“) und der Orientierung der „mündigen Bürger und Bürgerinnen“: diese wollen einfach nicht wählen, was das beste für sie ist – oder was die Partei(en) meinen, was das beste für sie sei.

Luhmann beschreibt als Ursache dieses Phänomens u.a. die spezifische Operationsweise von Organisationen, die er als „operativ geschlossenes Entscheidungssystem“ nachweist. „Es mag durchaus sein (und kommt nicht gerade selten vor), dass ein Funk-

NÄCHSTE VERANSTALTUNG DER ARGE: 24.3.2013 IN FRANKFURT A. M., VORBEREITUNG KURS INTERNATIONALE POLITIK

»» **Ankündigung:** Der kurdische Konflikt und die aktuelle europäische Nahost-Politik (Syrien/Türkei). Referenten Jürgen Klute, MdEP die Linke (angefragt), Rudolf Bürgel. 9 bis 12 Uhr, **Frankfurt/Main, Haus der Jugend**, Deutschherrnufer 12.

tionär gar nicht merkt, dass er entscheidet; und erst recht, dass er nicht alle Alternativen sieht, die er mit einer Entscheidung ausscheidet.“ (S. 234) Hierbei ist „Entscheidung“ im Wortsinne als Einheit „selbst-zweit“: sobald eine Entscheidung getroffen ist, ist alles anders, jede weitere Entscheidung anders als sie vor der (ersten) Entscheidung war. In der Entscheidung gehen alle Gründe, die dazu führten, auf, und sie verändert alles weitere. Auch die Tatsache, dass Entscheidungen immer und nur in der Gegenwart stattfinden, bestätigt diesen selbstzweiten Charakter. „Denn Gegenwart entsteht ihrerseits nur durch die Unterscheidung von Vergangenheit und Zukunft.“ (S. 235) Die so gefasste Gegenwart meint nicht den Begriff „Gegenwart“ als Zeitform von Verben aus der Grammatik. Beispiel: ich will etwas schreiben – noch habe ich die Möglichkeit zu entscheiden, was ich hinschreiben möchte. In dem Moment, wo geschrieben ist, habe ich die Möglichkeit nicht mehr (natürlich kann ich löschen und neu schreiben, aber das trifft bei den meisten Entscheidungen nicht zu, dass man zurück auf Los geht und alles ungeschehen macht). In der Systemtheorie wird von offener bzw. geschlossener Kontingenz gesprochen.

Hinsichtlich „Organisation“ führt Luhmann aus, dass für ihre aus sich selbst heraus geschaffene Reproduktion (Autopoiesis) „die Entscheidung unter Rückgriff und Vorgriff auf andere Entscheidungen desselben Systems zustande gebracht wird und nur, wenn dieses System ein soziales System ist, also Entscheidungen anderer einbezieht. Dies kann dadurch erreicht und gesichert werden, dass die Entscheidung von Mitgliedern der Organisation in Mitgliedschaftsrollen getroffen wird. Der grundlegende Vorgang liegt mithin in der Konstituierung von, und Rekrutierung für, Mitgliedschaftsrollen“ (S. 236 ff) Ist „Organisation“ erst einmal so gefasst, dann entstehen emergente Eigenschaften. Zu.B. führt dieses fortwährende Entscheiden als Organisationsoperation zu einer „Unsicherheitsabsorption“: „In die unbekannte und unbekannt bleibende Welt, in den ‚unmarked space‘ wird eine bekannte Welt hinein kon-

struiert ...“ (S. 239). Über diese aus sich selbst heraus produzierten Sicherheit kann das Organisationssystem eine derartige „innere Bindung an ihre eigene Sichtweisen und Gewohnheiten“ entwickeln, dass in der Tendenz Änderungsmöglichkeiten oder -notwendigkeiten ausgeblendet oder abgewehrt werden. „In Organisationen des politischen Systems findet man besonders häufig den Fall, dass sie in Konflikte investiert hatten und dann davon nicht mehr lassen können. Zu den viel diskutierten Fällen gehört das Engagement der USA im Vietnamkonflikt.“ (S. 240) Konsequenz: „Keine Organisation kann von außen mit Entscheidungen versorgt werden, die sie zu beachten hat. Alle Leitung-, Planungs-, Management-Entscheidungen sind immer Operationen in dem System, das sie mit Entscheidungsprämissen zu versorgen trachten ... Auch die Leitungsebene einer Organisation ist nach heute allgemein geteilter Auffassung gut beraten, wenn sie sich auf eine rekursive Vernetzung mit der Ausführungsebene einlässt und durchgehend beachtet, wie sie von unten beobachtet wird.“ (S. 243)

Politische Parteien

In Kapitel V kommt Luhmann auf die im Bereich der Politik gebildeten Organisationen, „die hinreichende Stetigkeit aufweisen, so dass man mit ihrem Wirken rechnen kann.“ (1, Kapitel 7, Abschnitt V, S. 266). „Die Funktion einer politischen Partei liegt in der unverbindlichen Vorbereitung kollektiv bindender Entscheidungen – bis hin zu Entscheidungen über die Regierungsbildung oder das Verbleiben in der Opposition.“ (S. 266) Auch hier gibt es die „Unsicherheitsabsorption“ und die damit verbundene Konzentration auf sehr spezifische Problemformen, „... auf Durchsetzungsfähigkeit und, dadurch bedingt, auf Fragen des Konsenses / Dissenses sowie auf das Erfolgsprofil der Partei.“ (S. 267) Bei Parteien ist die Gefahr, „die Responsivität der Politik abzubauen“ (S. 267) besonders bedenklich. „Dagegen kann sie die Organisation nur wehren, wenn sie, über den schematisierten Gegensatz zwischen den Parteien hin-

„Moderne Klassengesellschaften im Wandel – Geschichte und Theorien der sozialen Klassen seit Marx“

Unter dem oben stehenden Titel hat Michael Vester, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Hannover mit den Forschungsschwerpunkten Sozialstruktur, Milieu und Mentalität, im August 2010 einen Essay verfasst, der unserer Arbeitsgruppe als Material zum Studium und zur Diskussion vorlag.

Die Untersuchung zeichnet den historischen Wandel der Gesellschaftsgliederungen, beginnend mit der industriekapitalistischen Revolution bis zu den heutigen internationalen Umstrukturierungen, nach und stellt dabei die jeweiligen Bezüge zu den wissenschaftlichen Konzepten aus der Soziologie her. Insofern gestattet diese natürlich sehr komprimierte Zusammenfassung dennoch zunächst einen Überblick über die Beiträge von Marx, Weber und Durkheim über die Entwicklung gesellschaftlicher Gliederungen im Übergang von der ständischen Gesellschaft zur industriellen Klassengesellschaft. Sodann geht es um Entwicklungen von der polarisierten zur wohlfahrtsstaatlichen regulierten Klas-

sengesellschaft bis hin zur Transformation der Klassenkonstellationen im internationalen Wettbewerb. Wir treffen dabei u. A. auf die Beiträge Bourdieus in Sachen „Soziale Klassenmilieus als Akteure“ als auch auf Bewertungen über die gegenwärtigen Tendenzen der Prekarisierung und Exklusion.

Der Text eignet sich unter anderem für die Diskussion um die Möglichkeiten einer linken Volkspartei, wie der Partei „Die Linke“, ihre Politik und ihr Programm so auszurichten, dass es den Verschiebungen in der Gesellschaft als auch den Erwartungen ihrer Anhänger und möglichen Unterstützer und Wählerschichten gerecht wird. Wie alle wissen, ist dies in jüngster Zeit weniger gut gelungen.

In der Arbeitsgruppe entwickelt sich zudem eine lebhafte Diskussion über die aktuellen Unterschiede der Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik und seiner europäischen Nachbarländer und Bewertungen derselben.

Berichterstattung: Bruno Rocker, 24.2.2013

Irritationen neu einführt. ... Dass dies stört, trifft zu; aber dass die ein Nachteil wäre, ist ein Fehlurteil.“ (S. 267 ff.) Welche Organisationsform sich eignet, das „Chaos des Gelingens und Mislingens ... im Rahmen seiner Funktion zu halten“ (S. 268), beantwortet Luhmann mit erneutem Blick auf die Aufgliederung der Politik in Themen und Personen. „Diese Segmentierung verhindert ein organisationsweites Durchschlagen von Störungen aus einem Bereich in andere...“ (S. 268); Netzwerke persönlicher Gunst und Abhängigkeit stabilisieren ebenfalls, auch wenn sie „prekär gebildet“ seien; die formale Hierarchie „dient einerseits der weiterhin notwendigen Repräsentation von Parteibeschlüssen nach außen. ... dient (aber auch) als Notaggregat für die Entscheidungsprozesse, die sich in der Realität heterarchisch vollziehen...“ „Die eigentliche Funktion der Hierarchie wäre danach nicht die Durchsetzung von Weisungen, sondern die Ausweitung der noch integrierbaren horizontalen Kontakte.“ (S. 268 ff.) Diese Vorgaben führen insbesondere bei der Rekrutierung von Mitgliedschafts- und Führungsrollen zu Unwägbarkeiten: „Bewährung auf einem Platz muss nicht un-

bedingt ein guter Indikator für die Bewährung in anderen Aufgabenbereichen“ sein. Personalentwicklung, Nachwuchsförderung, Disziplinierung – bleibende Aufgaben politischer Parteien im Mehrparteiensystem.

Ein Ausflug, den Luhmann in die Welt der Einparteiensysteme unternimmt, zeigt die Unterschiede auf – man könne dort nicht von funktionalem Gesellschaftssystem sprechen, u.a. weil DIE Partei „funktionale Differenzierung nicht akzeptieren kann und sich gesellschaftsweit engagieren muss, wohin immer das Schema konform / abweichend die Beobachtung lenkt ...“

Luhmann schließt diesen Abschnitt: „In dem Maße, als Ideologien oder eine spezifische Klientel (der Parteien) als Anhaltspunkte für Identitätsfindung entfallen, konzentrieren (die Parteien) sich sinnvollerweise auf das Prozessieren generalisierter und erneuerbarer Ressourcen: auf das Prozessieren von Personal. Und mit all dem machen sie sich unbeliebt. Ein Test, könnte man vermuten, auf die Erträglichkeit einer hochdifferenzierten Gesellschaft für sich selbst.“

Eva Detscher

ANKÜNDIGUNG: Demokratie – Parteiensystem – politisch wirksam sein: im Herbst geht der Kurs weiter

Die Befassung mit Parteien, nicht in ihrer Sinnhaftigkeit, sondern als organisierter Ausdruck des Parteiensystems in der Bundesrepublik Deutschland ist für Personen, die sich selbst als im politischen System Handelnde verstehen, nicht ganz einfach: ist doch zum einen die Sicherheit, die die einzelne Person in der von ihr gewählten Partei zu finden sucht, auch etwas, was es anscheinend zu verteidigen gilt gegen „Änderungsmöglichkeiten oder gar -notwendigkeiten“¹. Zum anderen steht für dieselben Personen für einen Blick von außen auf das Parteiensystem per se erst einmal nicht die wissenschaftliche Ausbildung oder auch einfach das Wissen zur Verfügung, um unabhängig von eigenem Zugehörigkeitsempfinden das Parteiensystem griffig charakterisieren und aus der allseits präsenten Kritik nützliche Konsequenzen formulieren zu können.

Im Laufe der beiden Linken-Schule-Termine im vergangenen Sommer und im Winter lagen einige Untersuchungen zum Thema vor. Meines Erachtens gelingt am ehesten mit der Analyse von Luhmann einen ersten Zusammenhang herzustellen zwischen Gesellschaft und Parteien. Das politische Feld – um mit Bourdieu zu sprechen – ist natürlich bedeutend mehr als das Parteiensystem, aber ohne die Organisation Partei ist es in der modernen hoch ausdifferenzierten Gesellschaft nicht vorstellbar, politischen Willen wirksam zu machen. Alle Formen politischer Willensbildung und Äußerung, so sie denn mehr sein wollen als Ausdruck einer Meinung, werden sich parteimäßig organisieren müssen.

Entsprechend dem Wandel der gesellschaftlichen Randbedingungen ändern sich auch die Anforderungen an die Parteien und an das Parteiensystem als ganzes. Die Schnittlinien, die Organisationen in die Gesellschaft einfügen, sind nicht statisch, sondern stehen unter Anpassungsdruck wechselwirkend mit der Entwicklung und Veränderung der Gesellschaft, die sich durch Kommunikation reproduziert. Den Aspekt der Veränderung der sozialen Klassen hat Michael Vester untersucht. Wie der einzelne sich in der Gesellschaft verortet, wie seine Vorstellungen, Wünsche, Gefühle, soziale Lage, In-

teresse usw. über vielgestaltige Verflechtungen in eine Wahlentscheidung münden – hierzu hat Herbert Kitschelt knifflige schlüssige Strukturdiagramme vorgelegt. Martin Morlok hat für die zentrale Frage des Wahlrechts – eine Person / eine Stimme – die mutige These aufgestellt und überzeugend belegt: „Politische Chancengleichheit durch Abschottung? Die Filterwirkung politischer Parteien gegenüber gesellschaftlichen Machtpositionen.“

Die von Harald Pätzold und Horst Kahrs (Juli 2012) und von Harald Pätzold im Januar 2013 vorgelegten Thesen brechen die wissenschaftlich gewonnenen Erkenntnisse auf die Situation der Partei Die Linke herunter und leisten damit einen unschätzbaren Beitrag. Im Gegensatz zu anderen, die den Diskurs um das Parteiensystem unter den verschiedensten begrifflichen Achterbahnfahrten führen (das Spektrum reicht von der totalen Diffamierung bis zur völligen Überfrachtung), wird dort von der Notwendigkeit und der Machbarkeit der Änderung der Organisation Partei ausgegangen. Dies setzt Akzeptanz von Betrachtungen der Partei von außen voraus. Die Bedeutung der Beobachtung des Parteiensystems und der einzelnen Organisation Partei von außen ist kaum zu überschätzen. Statt findet dies alltäglich auch in Form der Beobachtung durch die Öffentlichkeit, manifestiert in Zeitungen, Radio, Fernsehen und Internet. Die so gewonnen Erkenntnisse in den internen Reproduktionsprozess einer Partei zu integrieren sollte als Schlüssel für positive Parteientwicklung erkannt werden.

Gelegenheit für spannende Diskussion liefert das Wahljahr 2013 ja nun reichlich. Im Zuge der dreigeteilten Verortung der Linken Schule in diesem Sommer soll im Zusammenhang mit dem Ausgang der Bundestagswahlen der **Kurs Philosophie am 18. und 19. Oktober in Hamburg** stattfinden. Vortrag ist geplant am Freitagabend mit direktem Bezug zu der Wahl und der politischen Aufgabenstellung, am Samstag wird der Lesekurs fortgesetzt, u.a. zur Frage der Repräsentation durch Parteien. Genauere Planung und Inhalt werden in den *Politischen Berichten* angekündigt werden.

Eva Detscher

Zur Einleitung

1. Rückblick auf das Thema Arbeit / Arbeitsmarkt

Im Sommer 2012 haben wir das Thema Arbeit / Arbeitsmarkt zu einem gewissen Abschluss gebracht: Der Arbeitsmarkt kann nicht alle für die Reproduktion der Gesellschaft notwendigen bzw. sinnvollen Teilarbeiten vermitteln. Allerdings ist der Anteil der arbeitsmarktgesteuerten Arbeiten, in der Sprache Max Weber in Wirtschaftseinheiten, deren Zweck der Erwerb ist, an der gesellschaftlichen Gesamtarbeit epochal gewachsen. Der landwirtschaftliche, handwerkliche, kleingewerbliche Familienbetrieb mit seinen „mithelfenden Familienangehörigen“ ist weitgehend Geschichte. Die kleiner gewordenen Familienverbände verlieren Funktionen an öffentliche und private Dienstleister. Diese traditionellen Formen, in denen die Unterhaltsverpflichtung gegenüber den Familienmitgliedern es ökonomisch sinnvoll macht, jeden auch noch so kleinen Beitrag zum Unterhalt zu mobilisieren und zu schätzen, dürften sich nicht rekonstruieren. So wie die Unterhaltsverpflichtung praktisch weitgehend auf die öffentliche Hand übergegangen ist, muss durch sie den Betroffenen eine Möglichkeit geboten werden, zu ihrem Unterhalt beizutragen. Diese Perspektive eröffnet linker Politik die Möglichkeit, die buntscheckige Vielfalt von Einrichtungen und Initiativen, die sich in diesem Bereich entwickeln, zu beurteilen. Es wird klar, dass die moderne Gesellschaft, an diesem Punkt angekommen, ein Art Statut braucht, das die Rechte der Arbeit in solchen Organisationen betrifft. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in solchen Einrichtungen eine hierarchische Teilung der Funktionen vorliegt; ein Modell zum Verständnis des Sachverhalts liefert die Schule. Die Verteilung von Selbstbestimmung und Herrschaft ist dort allerdings in den Prozess des Heranwachsens eingebettet, mithin ein Zustand, dem der junge Mensch letztlich entkommt. In Diskussionen mit Betreibern und Förderern solcher Einrichtungen lässt sich Interesse feststellen, die arbeits- und sozialrechtliche Situation zu klä-

ren, etwa durch Erarbeitung eines Manifestes, einer Selbstverpflichtung zur Normen, o.ä. Dies wäre auch auf kommunaler Ebene möglich und ist bis zu einem gewissen Grade in entsprechenden Vereinen / Dachverbänden auch im Ansatz vorhanden.

Eckpunkte dürften dabei die folgenden sein: Die Aufnahme einer Tätigkeit in solchen Einrichtungen muss freiwillig und kündbar sein. Sie muss so entgolten werden, dass ein Bereich selbständiger Lebensorganisation entsteht. Die Rechte der Betreuerseite nach dem Betriebsverfassungs- bzw. Personalvertretungsgesetz sowie ihr Recht, Tarife abzuschließen, dürfen nicht suspendiert werden.

Zur Wahrung der Rechte betreuter Beschäftigter sind Rechte zur Selbstorganisation erforderlich, es braucht aber auch Transparenz und Einwirkungsmöglichkeiten „von außen“.

Es ist zu hoffen, dass linke Politik sich auf diesem weiten und strategisch so bedeutsamen Feld positionieren und mit den Betreibern solcher Initiativen ins Gespräch kommen kann. In diesem Falle würde eine günstige Wirkung auf die öffentliche Meinung entstehen, die gebraucht wird, denn was da entsteht, sind auf alle Fälle wirtschaftende Einheiten, d.h. soziale Gebilde, die durch eine politisch-ideelle Zielsetzung zusammengehalten werden, die zwar wirtschaftlich genau abrechnen und fassbare Ergebnisse erzielen, die sich in der Bilanz aber in der Verminderung des Zuschussbedarfs zeigen. Der wirtschaftliche Sinn solcher Einrichtungen erschließt sich vor allem aus der Perspektive der öffentlichen Haushalte, die jene Zuschüsse gegen die soziale Kosten aufrechnen könnten, die entstehen, wenn man den Menschen, die der Markt im Moment oder auf dauerhaft nicht will, die Chance nimmt, zu ihrem Unterhalt beizutragen.

Wir werden unsere (beschränkten) Möglichkeiten nutzen, um über Entwicklungen, die sich in der Kommunal- und Landespolitik beobachten lassen, zu informieren.

2. Ein neues Thema: Stadt- und Regionalplanung, Wirtschaft im Raum.

Linke Kritik der Leistungen der öffentlichen Hand hat als Maßstab die politische Gleichberechtigung und die soziale Emanzipation des Menschen zur Hand. Betrachtet werden dabei die Wirkungen jener Leistungen auf das individuelle Leben, die Weichenstellung durch Schule und Bildungseinrichtungen, die Bereitstellung sozialer und kultureller Einrichtungen, die das Erwachsenenalter erleichtern oder belasten und nicht zuletzt die Sicherung des Lebensabends. Dieser zutiefst menschliche Maßstab ist mit den Ideen von Fairness und Gerechtigkeit verbunden, alles zeigt sich im Umgang der mächtigen Institutionen mit dem Individuum.

Bei den öffentlichen und (auch bei den privaten Investitionen) zeigen sich solche Wirkungen nicht unmittelbar. Zwar verändert die Beanspruchung von Gütern für ein Investment die Situation aller anderen, und tatsächlich hat sich auch ein umfangreiches Rechtssystem entwickelt, das Einsprüche gegen die Belastung des sozialen Leben oder der Umwelt durch Investitionen ermöglicht. Auf diese Möglich-

keiten des Einspruchs konzentriert sich, man könnte sagen naturgemäß, oppositionelle Politik wobei linke Politik insbesondere die asymmetrische Verteilung belastender Nebenwirkungen im Auge hat. Mit dieser Art Kritik kann linke Politik strategisch ins Hintertreffen geraten. Denn in der modernen reifen wissensbasierten Industriegesellschaft werben die Politiker mit dem Versprechen, ihre strukturbildenden Investitionen würden sich für das Publikum lohnen.

Linke Kritik und Politik kommen, vor allem in den alten Bundesländern, in diesem Diskurs, der um den optimalen Einsatz öffentlicher Mittel geführt wird, kaum vor. Warum? Eine Antwort lautet, dass bei öffentlichen Investitionen ein großer zeitlicher Vorlauf besteht, so dass man erst aufmerksam wird, wenn die Baugrube schon gegraben ist. Aber ein großer zeitlicher Vorlauf besteht auch bei der Festsetzung von Lerninhalten und Lehrplänen. Vielleicht ist bedeutsamer, dass in dem einen Fall der menschlich-individuelle Maßstab extrapolierend

ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung • Linke Schule, Erfurt, 3. -6. Januar 2013 • Kurs Wirtschaft – Kursunterlagen

• Linke Diskussion zur Landesentwicklung Bayern

Martin Fochler, *Rückblick auf das Thema Arbeit-/Arbeitsmarkt und Ein neues Thema: Stadt- und Regionalplanung, Wirtschaft im Raum* (siehe diese Aufgabe, Seite X)

Martin Fochler, *Bayern kann es auch alleine? – Wilfried Scharnagl publiziert das Buch zum Bayern-Theater*. In MitLinks Nr. 42, S. 27. http://www.flink-m.de/uploads/media/121001_A_MitLinks41.pdf

Brigitte Wolf, *Ein anderes Bayern: Kooperativ und solidarisch*. In: MitLinks Nr. 42, S. 23

Martin Fochler, *Wie Leitbilder bayerischer Wirtschaftspolitik entstanden sind*. ebd. S. 26

• Wirtschaftstheorie

Herbert Giersch, *Konjunktur- und Wachstumspolitik in der offenen Gesellschaft*, Wiesbaden 1977, dort: 8. Kapitel, Wachstumspolitik (B. 11-20)

Charles B. Blankart, *Öffentliche Finanzen in der Demokratie*, München, 2008, dort: Kap. 20, Nutzen-Kosten-Analyse.

• Landesentwicklung NRW:

GESCHICHTE: Andreas Schlieper, *50 Jahre Rurgebiet*. Düsseldorf, 1986

POLITIK: *Landesentwicklungsplan (LEP) NRW*.

http://www.nrw.de/web/media_get.php?mediaid=21178&fileid=63623&sprachid=1.

WIRTSCHAFT: *Zehn Positionen für eine wachstumsorientierte und nachhaltige Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen*.

http://www.ihk-nrw.de/sites/default/files/publikation_dateien/ihk_nrw_wipo_broschuere_120117.pdf.

CLUSTER. *NRW-Wirtschaftsbericht 2012*. <https://broschueren.nordrheinwestfalendirekt.de/broschuerenservice/mweimh/mit-neuen-chancen-und-ideen-die-energiewende-aktiv-gestalten/1443>.

WIRTSCHAFTREGIONEN. Kurzbeschreibungen.

• Zur Fortführung des Themas: Wirtschaftsgeografie und Systemtheorie?

Christian Staudacher, *Wirtschaftsgeografie regionaler Systeme*, Wien 2005.

angelegt werden kann, während in dem anderen abstrakte Zielgrößen gesellschaftlicher Dimension benutzt werden müssen, z.B. „die Wettbewerbsfähigkeit“, die „wirtschaftliche Entwicklung“, das „Wachstum“ usw.

Die öffentliche Hand und die wirtschaftliche Entwicklung

So entsteht schon bei der Annäherung an diese Thematik Klärungsbedarf. Was soll man wollen? Welche ökonomischen Annahmen legt man zugrunde? In unserer Diskussion müssen wir wohl davon ausgehen, dass sich eine weltweite Arbeitsteilung entwickelt hat, in der die politisch-territorial gegebenen Volkswirtschaften autark nicht bestehen können. Sogar das große China musste die Idee einer autarken Entwicklung aufgeben. Es zeigt sich ferner, dass ein international geltender Rechtsrahmen wirtschaftlichen Handelns geschaffen und durchgesetzt werden muss, wobei den Gewerkschaften eine entscheidend wichtige Bedeutung zukommt. Wenn die Weltwirtschaft funktional verschränkt ist, was bedeutet das für das wirtschaftliche Handeln der öffentlichen Hand?

Die öffentliche Gewalt stellt sich vertikal gegliedert dar, Vereinte Nationen, Militärbündnisse, Regionalorganisationen wie der Europarat, Träger öffentlicher Gewalt wie Europäische Union, klassische Staaten wie die BRD, darin Bundesländer, Regierungsbezirke, kreisfreie Städte und Landkreise sowie Gemeinden.

Die Klasse von Maßstäben, die aus der Forderung nach Gerechtigkeit und Fairness gewonnen werden, kann in die Forderung nach Gewährleistung vergleichbarer, jedenfalls aber menschenwürdiger Lebensbedingungen umgesetzt werden. Daraus folgen Forderungen an die Infrastruktur, die „überall“ zu gewährleisten wären: Straßen, Schulen, medizinische Versorgung, sauberes Wasser, Luft. Insofern sind die Aufgaben überall die gleichen. Man investiert, oft nachholend und verbessernd, in Sachen,

die sich anderswo bewährt haben. Auf die Fläche projiziert ergibt sich für Siedlungen je nach Ausstattung ein charakteristischer Grad an Zentralität. Er nähert sich dem unteren Grenzwert, wenn Bushaltestelle und Gelegenheit zum Einkauf für den täglichen Bedarf fehlen, er nähert sich dem oberen Grenzwert, wenn Zentralen der Politik (Regierung, internationale Institutionen), des Finanzwesens, der Wirtschaft (Konzernzentralen u.U. mit Produktionsstätten), der Wissenschaft und der Kultur, auch des Sports vorhanden sind. Wenn man sich fragt, wie der Kreis um einen solchen „Ort“ gezogen wird, dürfte der gesellschaftliche Verkehr eine große Rolle spielen, d.h. ein Personenkreis, der in der entsprechenden Agglomeration seinen Lebensmittelpunkt hat und immer wieder miteinander zu tun hat. Wir beobachten in allen großen Agglomerationen / Metropolregionen ein Streben nach Zentralität.

Wenn auch der Grad an Zentralität, den ein Standort erreicht, eine wichtige Bedingung für Investition und Lebenslauf darstellt, in einer weltweit verschränkten Produktionsweise müssen an dem einen Ort Mittel eingesetzt werden, weil eine Produktions- oder Dienstleistung gerade hier günstiger als anderswo bereitgestellt werden kann. Neben dem Streben nach Zentralität wird mit der Verflechtung der Weltwirtschaft die Ausnutzung von Komplementarität prägend, die vorfindlichen Siedlungsstrukturen zeigen sich als „komplementäre Eignungsräume“.

Das Streben nach Zentralität kann sich auf eine öde Weise austoben: Was anderswo schon da ist, muss auch hierher. Die Bestimmung eines Eignungsraumes ist viel schwieriger. Die „Eignung“ zeigt sich nämlich aus dem zielstrebigen Interesse eines Inverstors, also gerade nicht aus übergeordneten Erwägungen. Trotzdem finden wir in kulturellen Ausprägungen solche Bestimmungen popularisiert. Hamburg: Tor zur Welt. Essen: Rüstungsschmiede des Kaisers. Stuttgart: Tüftler, wir können alles

außer Hochdeutsch. Bayern: Stabilitätsinsel. Berlin: arm, aber sexy (ein Versuch). – Dies nur zur Andeutung, es würde sich aber wohl lohnen, solche vulgarisierten Bestimmungen einmal aufzusammeln, da sie den politischen Rohstoff einer Diskussion von Landesplanung und Entwicklung abgeben, denn in solchen Bildern zeigen sich die Unterschiede, aus denen geschicktes wirtschaftliches Agieren der öffentlichen Hand Produktivität entwickelt.

Bei der Vorbereitung dieser Tagung sind wir zu dem Schluss gekommen, dass bereits zur Annäherung an das Thema nötig sein wird, konkrete Regionen hin auf ihre Eignung in weltwirtschaftlichen Bezügen ins Auge zu fassen.

Der Fall Bayern

In Bayern hat sich nach den Umfragen des letzten Jahres die CSU restabilisiert. Geschieht nichts Umwerfendes, werden die bayerischen Landtagswahlen eine konservative Mehrheit zeigen, sollte die FDP scheitern, stehen die Freien Wähler bereit, sollten auch die Freien Wähler scheitern, ist die CSU größer als SPD und Grüne zusammen. In Selbstbeschreibungen feiert sich die bayerische Politik das Land als eine Insel von Stabilität, Prosperität und guter öffentlicher Ordnung.

Der Versuch einer Kritik der bayerischen Entwicklungsstrategie hat sich bei vorbereitenden Diskussionen zur Landtagswahl ergeben. Wir legen diese Materialien hier vor. Es besteht die Vermutung, dass sich in der bayerischen Wirtschaftspolitik von lange her, über die ganze Zeitspanne der Industrialisierung das Streben nach Zentralität so ausgeprägt hat, dass das Land die komplementäre Beziehung zu den benachbarten Regionen nicht als besondere Chance erkennt. Es kommt zu einer über-

hitzen Konjunktur und ungeordneten Ballung im Zentrum, während die Peripherie zurückfällt.

Der Fall NRW

Anders als Bayern, das im Vergleich der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit aufgeholt hat, ist NRW, besonders das Ruhrgebiet, zurückgefallen. Dieses Zurückbleiben zeigt sich zu allererst in abnehmenden Verwertungschancen der Arbeitskraft, einem Verlust von Chancen, gebrochenen Wohlstands- und Wohlfahrtsversprechen. Die Kritik an diesen Entwicklungen hat die LINKE in NRW aufblühen lassen. Aber diese Blüte war nur von kurzer Dauer. Bei der schweren Wahlniederlage spielte zweifellos eine Entwicklungskrise der Bundespartei eine Rolle. Diese Entwicklungskrise hing aber ihrerseits mit Schwierigkeiten zusammen, neue Chancen wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung zu erkennen und auszuformulieren.

Anders als in Bayern ist die Diskussion der Verbände und der Sozialwissenschaft über die Entwicklungschancen weit entwickelt. Ein Grund dafür ist, dass eine Umorientierung weg von der auf Bodenschätze gestützten Schwerindustrie unumgänglich wurde, so dass (anders als in Bayern) das Grundmuster wirtschaftlichen Planens zur Disposition stand. Planungsunterlagen machen deutlich, wie das Land seine Rolle als verkehrstechnisch gut erschlossener Wirtschaftsraum in der Mitte Europas sucht und dabei – notgedrungen – die Perspektive der Zentralität hinter sich lässt und versucht, sich als Verbund komplementäre Eignungsräume zu begreifen, eine Verschiebung der Wirtschaftsgesinnung, die kulturelle Aufgeschlossenheit fordert und generiert.

Martin Fochler

Regionalisierte Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen

Nordrhein-Westfalens Wirtschaft war bis kurz nach dem Zweiten Weltkrieg rund 100 Jahre weitgehend geprägt durch das Ruhrgebiet. Diese Dominanz ist seit den 50/60er Jahren des letzten Jahrhunderts Geschichte und die wirtschaftliche Entwicklung hat in NRW einen anderen Verlauf genommen. Die Hegemonie des Ruhrgebietes wurde nicht einfach durch die eines anderen Ballungsraums, etwa der rheinischen Metropolregion, ersetzt. Statt dessen sind sechzehn differenzierte Wirtschaftsregionen¹ entstanden, bzw. haben sich weiter entwickelt. Teile der ehemals ländlichen Räume sind zu mittelständisch geprägten industriellen Schwerpunkten geworden, mittlerweile sogar mit einem durchschnittlich höheren Anteil von Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe als in den Ballungsgebieten.

„Der von der Landesregierung forcierte Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen hat dazu geführt, daß das Land nicht mehr in industrialisierte Ver-

dichtungsgebiete und ländlich strukturierte Gebiete gegliedert werden kann“, stellt der Landesentwicklungsplan (LEP)² Nordrhein-Westfalen von 1995 fest (<http://www.nrw.de/landesregierung/landesplanung/>).

Begünstigt werde diese Entwicklung durch Nähe zu den Verdichtungsgebieten und überregionalen und großräumigen Verkehrsachsen, differenzierter Standort- und Investitionsentscheidungen von Unternehmen, die Mobilität der Arbeitnehmer sowie die zunehmenden Möglichkeiten der Telekommunikation (heute: Internet).

„Die „Gebiete mit überwiegend ländlicher Raumstruktur“ des Landes NRW lassen sich wegen dieser günstigen Voraussetzungen nicht mit ländlichen Räumen anderer Länder vergleichen.“ Im Fachbeitrag der IHK zum LEP 2025 „Raum für Wirtschaft“ (<http://www.ihk-nrw.de/node/11>) wird festgestellt: „Die klassische Funktionsteilung zwischen Ballungsraum und ländlichem Raum als gedankliche

1 Aachen, Bergisches Städtedreieck, Bonn/Rhein-Sieg, Dortmund/Kreis Unna/Hamm, Duisburg/Wesel/Kleve, Düsseldorf/Kreis Mettmann, Hagen, Hellweg-Sauerland, Köln, Lippe, Mittlerer Niederrhein, Mittleres Ruhrgebiet, Mülheim/Essen/Oberhausen, Nord Westfalen, Ostwestfalen, Siegen

2 Der LEP ist zur Abstimmung der unterschiedlichsten Interessen bei „Gewerbe, Wohnungswirtschaft, großflächigem Einzelhandel, Erholungs- und Freizeiteinrichtungen, Naturschutz, Verkehrsinfrastruktur, Lagerstätten, Energie- und Wasserversorgung und -ent-sorgung“ 1995 aufgestellt worden. „...Alle Interessen müssen bedacht und optimal aufeinander abgestimmt werden. Angesichts immer stärkerer regionaler Verflechtungen gelingt das nicht ohne eine übergeordnete überörtliche Planung und Gestaltung des Raumes. Ziel der Landesplanung ist eine nachhaltige Entwicklung, die soziale und ökonomische Raumansprüche mit ökologischen Erfordernissen in Einklang bringt.“ (aus dem Vorwort). Derzeit wird an der Aufstellung eines neuen LEP gearbeitet.

Analogie zu Industrie einerseits beziehungsweise Agrarwirtschaft und Erholungsraum andererseits gilt nicht mehr.“

Trotzdem bleibt die Verdichtung und Ballung im Großraum Rhein-Ruhr besonders groß, hier befinden sich allein neun der sechzehn Wirtschaftsregionen mit einer Wirtschaftsleistung von sechzig Prozent der gesamten Landesleistung. Aber es bleiben noch weitere sieben Regionen, die immerhin die restlichen vierzig Prozent erwirtschaften.

Vor diesem Hintergrund lassen sich drei strategische Ziele im LEP ausmachen.

1. Regionale Strukturpolitik

Angesichts der polyzentrischen Entwicklung würde eine hierarchische Ausrichtung des Landes hin auf eine Zentrale absurd erscheinen. Im LEP wird deshalb anerkannt, dass NRW aus komplementären, sich ergänzenden Eignungsräumen besteht, auf die Strukturpolitik abgestimmt werden muss:

„Die regionalen und örtlichen Unterschiede von Verdichtung, Industrialisierung und ländlichen Strukturen stehen in vielfältigen Wechselbeziehungen zueinander und machen in ihrer Gesamtheit den als Einheit zu betrachtenden Siedlungs- und Wirtschaftsraum Nordrhein-Westfalen aus. Die Regionalisierte Strukturpolitik setzt deshalb gezielt auf die Entwicklung der regionseigenen Kräfte. Die Konzepte und Leitbilder der Regionalisierten Strukturpolitik tragen zu konsensfähigen Entwicklungsstrategien der Regionen bei. Regionen, in denen sich Verdichtungsgebiete und Gebiete mit überwiegend ländlicher Raumstruktur zu geschlossenen Aktionsräumen entwickelt haben, sind beispielsweise die Region Münsterland und die Region Ostwestfalen-Lippe.“

2. Grenzübergreifende Kooperation

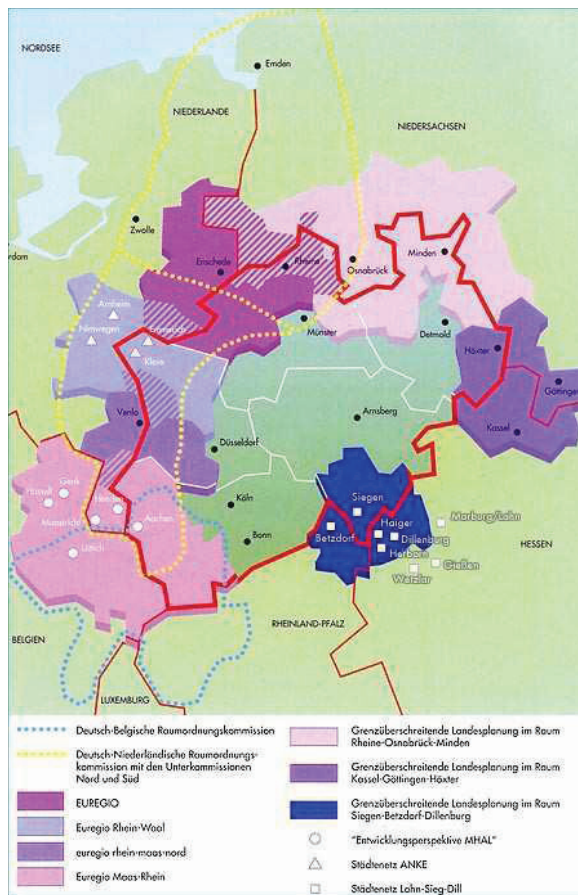
Darüber hinaus positioniert sich NRW als ein Bundesland in Europa, das die Kooperation und die komplementären Vorteile mit den anliegenden Ländern (Niederlande, Belgien, Luxemburg) und Bundesländern (Niedersachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz) sucht:

„... Zur Abstimmung von Versorgungs- und Leistungsangeboten wird die grenzüberschreitende Kooperation – auch im Hinblick auf die Wahrnehmung von Entwicklungschancen im europäischen Wettbewerb – künftig auf allen Planungsebenen unverzichtbar sein. Dies ist sowohl von der Landes- und Regionalplanung als auch von den Planungsträgern vor Ort zu berücksichtigen ...Die herausragende Bedeutung der Europäischen Metropolregion Rhein-Ruhr für die Raumentwicklung in Nordrhein-Westfalen, in Deutschland und in Europa ist bei der Entwicklung der Raum- und Siedlungsstruktur zu berücksichtigen. In den grenznahen Räumen sind länder- und staatsgrenzenüberschreitende Verflechtungen zu berücksichtigen. Sie sollen Grundlage für gemeinsame, grenzüberschreitende Planungen und Entwicklungskonzepte sein.“ (s. Karte „Grenzüberschreitende Planung“).

3. Rhein/Ruhr-Ballung als Metropolregion

Die wirtschaftliche Realität macht es nicht möglich, die Rhein-Ruhr-Agglomeration zur beherrschenden „Chefregion“ in NRW auszurichten, sie soll aber im Verbund der europäischen Metropolen mitspielen:

„... Die Region Rhein-Ruhr wird als Europäische Metropolregion ausgewiesen ... Danach weist der



polyzentrische Verdichtungsraum Rhein-Ruhr bereits die maßgeblichen Orientierungsmerkmale auf, die Europäische Metropolregionen kennzeichnen:

- Entsprechend ihrer vorteilhaften zentraleuropäischen Lage verfügt die Region Rhein-Ruhr über eine europäisch ausgerichtete Verkehrsinfrastruktur im Schnittpunkt großräumiger Entwicklungsachsen. Die interkontinentale Erreichbarkeit ist durch zwei leistungsfähige internationale Flughäfen gewährleistet.

- Nach Bevölkerungszahl und Einwohnerdichte sowie nach ihrer Wirtschaftskraft und außenwirtschaftlichen Bedeutung ist die Region Rhein-Ruhr mit großen europäischen Agglomerationen wie Paris und London vergleichbar.

- Die Region Rhein-Ruhr ist Dienstleistungsstandort und Finanzzentrum von europäischer Bedeutung. Als polyzentrischer Messestandort und Medienzentrum hat sie weltweite Bedeutung.

- Die Wissenschafts- und Forschungskapazitäten des Landes mit Schwerpunkt im Rhein-Ruhr-Raum haben in Europa und weltweit eine Spitzenposition.

- Die Region Rhein-Ruhr ist politisches und wirtschaftliches Entscheidungszentrum sowie Standort international bedeutsamer Behörden, ausländischer Vertretungen sowie Sitz von weltweit operierenden Großunternehmen, Spitzenverbänden usw. ...“

Die Frage ist ob und wie weit nicht nur beim letzten Punkt Anspruch und Wirklichkeit auseinanderklaffen. Unternehmen sind zwar auf vielfältige Kooperationen angewiesen, innerhalb der Fertigungskette zwischen vor- und nachgelagerten Produktionsstätten und außerhalb in die Gesellschaft, aber sie stehen auch in kapitalistischer Konkurrenz zueinander. Komplementariät und Kooperation wird durch die gesellschaftliche Praxis in vielfältiger Hinsicht zwar gelebt, schlägt sich aber nicht immer unbedingt im Denken oder in „der Politik“ nieder.

So ist z.B. ziemlich sicher, dass die meisten Bewohner der Rhein/Ruhr-Ballung sich nicht als solche definieren würden und das Kirchtumsdenken im Ruhrgebiet ist ein immer noch vorhandenes Ärgernis. Die Versuche das zu überwinden, stossen nicht nur auf Kritik derjenigen, die in den Kirchtürmen hocken. Aktuell kritisieren die Regierungspräsidentin und -präsidenten von Münster, Arnsberg und Düsseldorf fraktionsübergreifende Überlegungen

ein direkt gewähltes Ruhrparlament und weitergehendere Pläne, vor allem aus der CDU, einen eigenen Regierungsbezirk Ruhrgebiet einzuführen. Das Ruhrgebiet wurde nach dem Zweiten Weltkrieg zwischen den Regierungsbezirken Münster, Arnsberg und Düsseldorf aufgeteilt, u.a. zur Einhegung der damaligen Vormachtstellung und zur (erfolgreichen) Verringerung des Stadt/Land-Gefälles.

Thorsten Jannoff

ANKÜNDIGUNG: Fortführung des Themas: Freitag 26.7. (abends) und Samstag, 27.7. (Tagesseminar) in München: Freitag: Wirtschaftliche Entwicklung – Das bayerische Konzept als Auslaufmodell. Regionalplanung mit den Nachbarn, nicht gegen die Nachbarn! Samstag, 27.7.: Wirtschaftsgeografie – Texte zur Einführung. Zum Verständnis der verschiedenen Ansätze / Projekte der Regionalplanung, die im politischen Raum kursieren, werden ausgewählte Texte aus dem Wissenschaftsbereich der Wirtschaftsgeografie zusammengestellt. Weitere Planung siehe Politische Berichte sowie bei www.linkekritik.de/termine

Der nachfolgende Artikel ist aus den Politischen Berichte 1/13 und wird hier dokumentiert, weil er aus der Diskussion in der Winterschule mit entstanden ist.

Krise bei Opel – Das Ruhrgebiet im Strukturwandel

Die Auseinandersetzung um die Schließung des Opel-Werkes in Bochum spitzt sich zu. Die IG Metall sorgt sich um die Existenz des gesamten Unternehmens und hat Forderungen zur Standort- und Beschäftigungssicherung aufgestellt. Konkret geht es für den Standort Bochum um die Errichtung eines Motorenwerkes für den Bau einer neuen Dieselsegeneration sowie eines Teilelagers und den Erhalt des Getriebewerkes II. Damit erhofft sich die IGM die Schaffung, bzw. den Erhalt von 1 000 Arbeitsplätzen, sowie weitere in der gleichen Größenordnung durch Fremdfirmen, die sich auf dem Gelände ansiedeln könnten. Für den Bochumer Betriebsratschef Rainer Eienkel spielt die IGM damit dem Opel-Vorstand in die Hände, die Automontage zu schließen. Uneinigkeit gibt es auch zwischen dem Gesamtbetriebsrat, den Betriebsräten in den anderen Werken und dem Betriebsrat Bochum um einen möglichen Lohnverzicht. Bereits im Januar hat die Ankündigung des Opel-Aufsichtsratsvorsitzenden Steven Girsky große Empörung ausgelöst, Opel Bochum bereits Ende 2014 statt 2016 zu schließen, falls es bis Februar keine Einigung für einen Lohnverzicht gibt. Die Bochumer Ratsfraktion der Linkspartei sprach von „glatter Erpressung“ und „frühkapitalistischen Methoden“, und selbst der Bochumer IHK-Chef Helmut Diegel sprach von einem „Rückfall in graue Vorzeit“. Zudem droht Opel mit dem Austritt aus dem Flächentarifvertrag. Währenddessen hat der Wirtschaftsausschuss der Stadt Bochum in der vergangenen Woche einstimmig einen Bebauungsplan für die Flächen der Werke I und II aufgestellt. Denn die Verhandlungen mit der Adam Opel AG kommen nicht voran. Damit soll möglichst verhindert werden, dass Opel Teilflächen ohne Beschränkung an Dritte verkauft, lukrative Teilbereiche selber vermarktet und die belasteten Flächen einfach brachliegen lässt. Das ausdrückliche Ziel ist es, dass sich dort wieder industrielle Produktion ansiedelt statt Einzelhandelsflächen und Einfamilienhäuser. Das wird auch nötig sein, denn mit der Schließung von Opel verliert das Ruhrgebiet rund 3.500 Arbeitsplätze im Werk direkt und, je nach Schätzung, weitere mehrere tausend in der Zuliefererindustrie. Das ist ein herber Schlag für die Betroffenen und die Regi-

on. Die Bevölkerung, Parteien, Kirchen, etc. sind deshalb mit den Opel-Beschäftigten solidarisch und unterstützen deren Kampf. Selbst wenn die Werkschließung nicht verhindert werden sollte, kann ein großer öffentlicher Druck wenigstens dazu beitragen, dass der Preis für die Schließung möglichst hochgetrieben wird, mit Abfindungen, Transfergesellschaften zur Umschulung, einer vernünftigen Regelung zur Flächennutzung etc. Aber was wird danach aus dem Ruhrgebiet? Sind Behauptungen aus der Linkspartei richtig, dass das Ruhrgebiet zur Armutzone verkommt, wenn Opel schließt und ebenso 2015 und 2018 die Zechen in Marl und Bottrop?

Entstehung einer Monokultur

Warum ist die Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet immer noch so hoch, trotz der jahrzehntelangen Bemühungen um einen Strukturwandel? Eine mögliche Ursache ist bereits in der Entstehung des modernen Ruhrgebietes angelegt. Das Ruhrgebiet hat sich von einem agrarisch strukturierten Raum ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einem schwerindustriellen Ballungsraum gewandelt. Das wäre ohne die Fördermöglichkeit insbesondere der verkohbaren Fettkohle, eine Voraussetzung für Stahlerzeugung, und dem Vorhandensein von schiffbaren Wasserwegen (Rhein, Ruhr, Kanäle), also von standortgebundenen Gütern, so nicht möglich gewesen.

„In Deutschland erwuchs die Industrialisierung also aus jener Verbindung von Kohle und Stahl, dem Eisenbahnbau und der sich daraus entwickelten selbsttragenden Nachfrage nach Erzeugnissen des Maschinenbaus. In England hingegen war die Textilindustrie der die Industrialisierung tragende Wirtschaftszweig“ (aus Andreas Schlieper, 50 Jahre Rurgebiet. Düsseldorf, 1986).

Es entstand ein Ballungsraum mit einer industriellen und gesellschaftlichen Monokultur, die ausschließlich auf die Bedürfnisse der Kohle-, Eisen- und Stahlindustrie ausgerichtet war. Selbst das Aufkommen der Elektroindustrie nach dem Ersten Weltkrieg hat keine große Rolle gespielt. Diese einseitige Ausrichtung hatte negative Folgen, die bis heute nachwirken. Der Wirtschaftswissenschaftler

Herbert Giersch (Konjunktur- und Wachstumspolitik in der offenen Gesellschaft, Wiesbaden 1977), versteht unter Ballung Arbeitsteilung auf engem Raum und hält dieses für eine wichtige Triebkraft der wirtschaftlichen Entwicklung. Die so entstehenden komparativen, also sich ergänzenden Vorteile, würden Kosten senken, z.B. durch die Nutzung einer gemeinsamen Infrastruktur, die in der Regel von der öffentlichen Hand bereit gestellt wird. Er stellt auch fest, dass Ballung „... das Lernen fördert (Ausweitung des technischen Wissens, Innovationen, und Ausbildung) und Zivilisationen und Kulturen mit starken Leistungsantrieben und einen hohen Anteil tertiärer Aktivitäten an der Wertschöpfung (Informationsaustausch, Forschung und Entwicklung) entstehen lässt.“

Diese komparativen Vorteile sind im Ruhrgebiet durch die historisch gewachsene, einseitige Ausrichtung auf die Montanindustrie nicht in dem Umfang ausgeformt worden wie in Ballungen mit einer größeren wirtschaftlichen Streuung. Das betrifft z.B. die Entwicklung des kulturellen Kapitals abseits des für die Montanindustrie technisch Notwendigem (z.B. Bergbauingenieure) und des tertiären Sektors, für den in manchen Bereichen ein höheres kulturelles Kapital notwendig ist. Auch andere Probleme, wie bei der Infrastruktur und des wildwüchsigen Siedlungsbaus, der anfangs fehlenden Universitäten und Hochschulen, die lange unterdurchschnittliche Ausprägung der mittelständischen Wirtschaft, das späte Aufkommen einer Kreativwirtschaft, die Konkurrenz zwischen den Städten, die schrumpfenden Städte, enorme Umweltprobleme etc. sind zum Teil darauf zurückzuführen, bzw. kamen hinzu.

Nach dem Zweiten Weltkrieg – Sonderaufschwung und Krise

Nach dem Zweiten Weltkrieg blieb die einseitige Ausrichtung auf den Montanbereich, trotz der Entflechtungs- und Dekartellisierungs politik der Alliierten, bedingt durch einen Sonderaufschwung für die Kohle durch den Wiederaufbau und Rohstoffmangels wegen des Korea-Krieges.

Das änderte sich bereits Ende der fünfziger Jahre vor allem durch die Umstellung der Wirtschaft auf das günstigere Rohöl, die Importkohle und andere technologische Weiterentwicklungen.

„Das Ruhrgebiet erlebte während der sechziger Jahre die wohl schwerste wirtschaftliche und soziale Krise seit dem Beginn der Industrialisierung. Weder die Gründerkrise, fast ein Jahrhundert zuvor, noch die Weltwirtschaftskrise am Ende der zwanziger Jahre hatten Wirtschaft und Menschen im Ruhrgebiet derart tief in die Depression gestürzt ... Nun aber war es die regionale Krise der Ruhrgebiets, fast nur diese Region und die in ihr dominierenden Branchen hatten darunter zu leiden. Mit der Kohle war der wichtigste Wirtschaftsfaktor ins Wanken geraten und drohte, die gesamte Region in das ökonomische Chaos zu ziehen“ (Schlieper, s.o.).

Innerhalb von zehn Jahren halbierte sich die Zahl der Bergarbeiter von fast 400 000 im Jahr 1957 auf 207 000 im Jahr 1966.

Widerstand der Bergarbeiter

„Zahlreiche Massenproteste der Bergleute begleiteten diesen beispiellosen Schrumpfungsprozess. Sie erreichten ihren Höhepunkt in den Jahren 1958/59 und dann vor allem 1966/67 und zeigen, dass der krisenbedingte Anpassungsprozess im ersten Jahrzehnt der Kohlenkrise keineswegs ohne tief-

greifende soziale Konflikte verlief. Bereits der ‚Marsch auf Bonn‘ am 26. September 1959, an dem sich 60 000 Bergleute beteiligten, geriet zur machtvollen Demonstration gegen die Stilllegung, verweist aber bereits darauf, dass der Fortschrittsglaube und das Vertrauen in die Sicherheit der eigenen Existenz aus den Wirtschaftswunderjahren bei den Bergleuten einer tiefen Verunsicherung wich. Sozial- und auch tarifpolitische Maßnahmen zugunsten der Bergleute sollten dieser Entwicklung entgegenwirken. Mit Hilfe von Bundes- und Landesmitteln, Geldern der Montanunion und Hilfen der Bergwerksunternehmen gelang eine – aus heutiger Sicht – bemerkenswerte soziale Absicherung der Bergleute ohne tief greifende politische oder soziale Folgeschäden. Es gab einen Härteausgleich für Feierschichten, diverse Hilfen bei Arbeitsplatzwechsel durch Stilllegungen, Wartegeld, Übergangs- und Umschulungsbeihilfen bei vorübergehender Arbeitslosigkeit. Mit der dramatischen Verschärfung der Kohlenkrise seit 1965 nahmen Beunruhigung und Zukunftsängste wieder zu und befeuerten den Widerstand der Bergleute gegen Stilllegungen und befürchteten Arbeitsplatzverlust. Das äußerte sich in zahlreichen Kundgebungen, so am 19. Februar 1966 gegen die Stilllegung der Zeche Graf Bismarck in Gelsenkirchen, am 12. November 1966 in der Dortmunder Westfalenhalle, am 21. Oktober 1967 in Dortmund-Huckarde oder am 8. November 1967 vor dem Deutschen Bundestag. Bei vielen Politikern wuchs die Furcht vor einer Radikalisierung und vor chaotischen, unregierbaren Zuständen im Ruhrgebiet, was Folgen für die ganze Republik haben musste. Manche mochten sich auch an die revolutionären Unruhen in der Weimarer Republik und an deren Ende erinnert fühlen, die diese Generation miterlebt hatte. Äußerungen prominenter Politiker zeugen von dem wachsenden Handlungsdruck, unter dem sich die Bundespolitik sah. ‚Wenn es an der Ruhr brennt, gibt es im Rhein nicht genug Wasser das Feuer zu löschen‘ (FAZ vom 12. März 1966), so Rainer Barzel, damals Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Karl Schiller, seit 1. Dezember 1966 Wirtschaftsminister der großen Koalition aus CDU/CSU und SPD, sprach von einem ‚Heuhaufen‘, der durch ein einziges achtlos hingeworfenes Streichholz in Flammen aufgehen könne, und selbst der gemeinhin nüchtern analysierende Helmut Schmidt sah in seiner internen ‚Skizze zur Kohlen- und Ruhrproblematik‘ vom 25. Oktober 1967 eine ‚kardinale Gefährdung der innenpolitischen Gesamtsituation‘ gegeben.“ (Internetseite Deutsches Bergbau Museum, www.glueckauf-ruhrgebiet.de).

Es bestand also enormer Handlungsdruck für die Herrschenden. Aber trotz dieser Krise schien eine andere wirtschaftliche Entwicklung erst mal nicht



Bild im Nordsternpark Gelsenkirchen

vorstellbar und wurde zum Teil sogar behindert, so sehr war die Mentalität von der über hundertjährigen Montanindustrie geprägt. Die Zechen, die das meiste Industrieland besaßen, verfügten faktisch über eine „Bodensperre“ und wollten ihre industrielle Reservearmee nicht an andere Industrien verlieren. So war die Ansiedlung von Opel vor 50 Jahren heftig umstritten, erst recht die Gründung der Ruhruniversität in Bochum Anfang der sechziger Jahre. Diese Mentalität zu überwinden war/ist, ebenso wie das „Kirchtumsdenken“ der einzelnen Kommunen, ein zäher und langwieriger Prozess, weil nicht nur eine neue „zugelegt“, sondern vor allem eine alte „abgelegt“ werden muss.

Gezielte öffentliche Maßnahmen

Trotzdem wurde mit den sozialliberalen Regierungswechseln in Düsseldorf und Bonn Ende der sechziger Jahre ein Paradigmenwechsel eingeläutet hin zu gezielten staatlichen Infrastrukturmaßnahmen und zur wirtschaftlichen Förderung.

„Hier zeichnete sich ein Handlungsfeld für gezielte regionale und sektorale Anpassungshilfen seitens des Staates ab. Das ‚Entwicklungsprogramm Ruhr‘ 1968 markierte einen ersten Schritt in diese Richtung. Das mittelfristig angelegte ‚Nordrhein-Westfalen Programm‘ von 1975 setzte diesen Ansatz fort, indem es über staatliche Anreize die Modernisierung der Betriebe und Neuansiedlungen sowie eine Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur förderte. Zugeschnitten auf die besonderen Strukturprobleme folgte 1979 das ‚Aktionsprogramm Ruhr‘, in welchem die unterschiedlichen strukturpolitischen Instrumente gebündelt eingesetzt worden sind.“ (Staat und Wirtschaft an Rhein und Ruhr 1816- 1991, Düsseldorf, 1992. Beitrag von Fritz Behrens).

Es wurden beachtliche öffentliche Mittel in Bewegung gesetzt, zum Teil äußerst intransparent und mit einer unappetitlichen Verflechtung zwischen Staat, Politik und Kapital (s. z.B. WestLB-Skandal). Zu den strukturpolitischen Maßnahmen kamen die Gründungen von Universitäten und Hochschulen hinzu, so dass das Ruhrgebiet laut Eigenwerbung heute mit fünf Universitäten und sechzehn Hochschulen die dichteste Hochschullandschaft Europas sein soll.

Der Strukturwandel greift

Ohne den massiven Einsatz öffentlicher Mittel aus EU, Bund, Land und Kommunen und der wirtschaftlichen Umstrukturierung wäre das Ruhrgebiet wahrscheinlich heute tatsächlich so etwas wie ein Armenhaus. Immerhin gingen allein in der traditionellen Montanindustrie 500 000 Arbeitsplätze zwischen 1958 und 1988 verloren. So aber lässt sich feststellen, dass viel erreicht worden ist, es aber auch noch viele Probleme gibt. Die Wirtschaft im Ruhrgebiet hat sich nach über vierzig Jahren Strukturwandel ausdifferenziert, so dass die bereits oben erwähnten komparativen Vorteile von Ballung besser greifen können, unterstützt auch durch die Bildung sog. Cluster. Wie tiefgreifend sich die Wirtschaftsstruktur in dieser alten Industrieregion verändert hat, wird daran deutlich, dass der Anteil der Beschäftigten im Leitmarkt industrieller Kern und unternehmensnaher Dienstleistungen mit 18,4 Prozent zwar über dem Bundeswert von 16,6 Prozent liegt, aber unter dem NRW-Wert von 19,1 Prozent. Mittlerweile ist im Münsterland und im Sauerland

der prozentuale Anteil der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe höher als im Ruhrgebiet. Trotzdem vermerkt der „Wirtschaftsbericht Ruhr 2012“ der Wirtschaftsförderung Metropol Ruhr (einer Gesellschaft des Regionalverbandes Ruhrgebiet, <http://business.metropolruhr.de>):

„Zunächst lässt sich die Beobachtung konkretisieren, dass die Industrie weiterhin der dynamische Kern bei der Neuausrichtung des Ruhrgebiets ist. Auch wenn das Wachstum leicht unter dem Bundestrend liegt: Im industriellen Kern finden sich deutlich mehr Vollzeitbeschäftigte als in den Unternehmen der anderen Leitmärkte, er kann weiterhin als Innovationstreiber in anderen Leitmärkten betrachtet werden. Auch der Anteil der Akademiker an den Beschäftigten liegt keineswegs so klar unter dem Bundesniveau, wie es frühere Untersuchungen über das Innovationspotenzial in der Metropole Ruhr vermuten ließen. Insbesondere im Bereich ‚Maschinen und Prozesse‘ hat in den vergangenen Jahren bei den Akademikern ein kontinuierlicher Aufholprozess stattgefunden. Weiterhin ist festzuhalten, dass sich in der Ruhrwirtschaft immer stärker kleine und mittelständische Unternehmen herausbilden und die Region nicht mehr allein durch Großunternehmen geprägt ist. In den Leitmärkten digitale Kommunikation, Mobilität sowie Freizeit & Events ist die durchschnittliche Betriebsgröße (gemessen am Umsatz) unter dem Bundesdurchschnitt, bei Bildung & Wissen, Gesundheit und urbanes Bauen & Wohnen sind keine nennenswerten Unterschiede festzustellen. Diese Betriebsgrößenstruktur kann in einzelnen Leitmärkten eine hinter dem Bundestrend zurückbleibende Wachstumsdynamik erklären, sie kann aber auch als Ausdruck einer noch jungen Phase der Restrukturierung gesehen werden, in der die Unternehmen ein erhebliches Wachstumspotenzial haben.“

Der tertiäre Sektor und geringfügige Beschäftigung

Hinzu kommt eine deutliche Verschiebung in den tertiären Sektor: „Die Verschiebung vom sekundären zum tertiären Sektor in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zeigt besonders deutlich den Strukturwandel im Ruhrgebiet. Im Jahre 2009 erwirtschaftete das produzierende Gewerbe nur noch 27,6 % der Bruttowertschöpfung, wohingegen in den Bereichen Handel, Verkehr und Gastgewerbe (19,1 %), Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister (28,1 %) sowie öffentliche und private Dienstleister (25,2 %) der Anteil zusammen bei 72,4 % lag. Dieser Trend zum tertiären Sektor liegt leicht unter den vergleichbaren Werten für Nordrhein-Westfalen. Parallele Werte lassen sich auch bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten feststellen. Im Jahre 1982 lag der Anteil der Beschäftigten im primären / sekundären Bereich noch bei 54 % und der im tertiären bei 46 %, wohingegen im Jahre 2010 nur 26 % im primären / sekundären und bereits 74 % im tertiären Sektor tätig waren. Wird hierbei noch in Betracht gezogen, dass bis vor einigen Jahrzehnten der tertiäre Sektor lediglich regional auf die Bedürfnisse des Reviers ausgerichtet war und heute überregionale und teilweise internationale Bedeutung erlangt hat, so ist dies ein hinreichender Beweis für den Willen und die Fähigkeit zum strukturellen Wandel.“ (aus: Das Ruhrgebiet, Eine Region im strukturellen Wandel, IHK Essen, Mülheim, Oberhausen, www.essen.ihk24.de/). Allerdings ist in den Bereichen des tertiären Sektors

die nicht mit Forschung, Entwicklung, etc. zu tun haben, sondern eher mit einfachen Dienstleistungen, die Zahl der geringfügig Beschäftigten und Geringverdiener hoch. So waren 2011 im industriellen Kern und den unternehmensnahen Dienstleistungen knapp 288 000 Menschen beschäftigt, davon 8,8 Prozent in Teilzeit und damit unter dem Bundesschnitt von 9,3 Prozent für diesen Bereich. Gute zehn Prozent (31 000) sind in diesem Bereich geringfügig Beschäftigte, auch damit liegt das Ruhrgebiet für den Industriebereich knapp unter dem Bundesdurchschnitt. Dagegen waren im Leitmarkt Freizeit und Events 2011 knapp 79 000 Menschen beschäftigt, darunter fast 65 000 geringfügig Beschäftigte.

Kein Wunder, dass der „Wirtschaftsbericht Ruhr 2012“ festhält: „Insgesamt liegt der Wachstumstrend allerdings nach wie vor unter dem Bundesdurchschnitt, und vor allem zwei „Sorgenkinder“ können nicht übersehen werden. Erstens liegt der Anteil der Akademiker an den Beschäftigten in den meisten Leitmärkten unter dem Bundesdurchschnitt. Besonders bedenklich ist, dass innerhalb des Leitmarktes Bildung & Wissen auch der Teilbereich Forschung hinter der Bundesentwicklung zurückbleibt. Zweitens ist auf die Nachfrageschwäche einzugehen. Die Probleme der kommunalen Haushalte in der Metropole Ruhr sind bekannt, in verschiedenen Unternehmensgesprächen wurde zudem deutlich, welchen Einfluss die Nachfrage auf notwendige neue Konzepte im Sinne einer „Neuen urbanen Ökonomie“ hat. Hier bilden nicht systemische oder technische Innovationen den Engpass, sondern neue Geschäfts- und Finanzierungsmodelle sind mehr denn je gefragt. Wirtschaftsförderung in der Metropole Ruhr wird sich nicht nur auf die Stärken konzentrieren können, sondern sich auch mit den beiden beispielhaft genannten Schwächen auseinandersetzen müssen.“

Die Stärkung der Nachfrage ist also wichtig. Das Ruhrgebiet hat weitere Chancen, wenn es nicht nur die komparativen Vorteile von Ballung nutzt, sondern auch die der Arbeitsteilung und des Austausches mit anderen Regionen. Der bereits oben erwähnte IHK-Bericht weist darauf hin:

„Die zentrale Verkehrslage des Ruhrgebietes in Europa hat mit der Öffnung der Märkte in Osteuropa und mit der damit verbundenen Reaktivierung der europäischen West-Ost-Magistrale eine zusätzliche Aufwertung erhalten. Das Ruhrgebiet erschließt in einem Umkreis von 250 km einen Markt von 60 Mio. Menschen, mehr als 15 % der EU-Bevölkerung. Neben zahlreichen direkten Anschlüssen an das internationale Straßen-, Schienen-, Wasserstraßen- und Luftverkehrsnetz besitzt das Ruhrgebiet eine im Vergleich mit anderen Ballungsräumen gut ausgebaute und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur.“

Das Ruhrgebiet heute – ungleichzeitige Entwicklung

Das Ruhrgebiet wird insgesamt kein Armenhaus werden, wenn Opel Bochum schließen sollte. Dafür ist der Strukturwandel zu weit fortgeschritten. Zudem liegen die Arbeitslosenquoten in umliegenden, verarbeitungsstarken Wirtschaftsregionen, wie dem Münster- und dem Sauerland, in weiten Teilen bei um die fünf Prozent, so dass dort von einem zunehmenden Fachkräftemangel ausgegangen wird. Die Voraussetzung ist natürlich, dass die gesamtwirtschaftliche Lage günstig bleibt, was nicht sicher ist. Und es bleibt das große Problem der zu vielen „armen Häuser“ im Ruhrgebiet durch die überdurch-

schnittlich hohe Arbeitslosigkeit, die große Zahl von Hartz-IV-Empfängern und zum Teil auch der Zwanzig-Prozent-Anteil von Teilzeitarbeit. Wahrscheinlich wird die Situation mit dem Begriff einer ungleichzeitigen Entwicklung am besten getroffen. So wird auch in der überregionalen Presse oft das Bild des „Sozialäquators“ A 40 bemüht, der insbesondere in Essen die „reichen“ Stadtteile im Süden von den „armen“ Stadtteilen im Norden trennt. Das ist nicht ganz falsch, aber auch nicht ganz richtig. Tatsächlich ist die Entwicklung zwischen „normalen“ und abgehängten Gebieten viel kleinteiliger und spielt sich oft innerhalb eines Stadtteils oder sogar Viertels ab, sie ist im Norden nur im Negativen ausgeprägter. Ein großes Problem ist die Verfestigung dieser Verhältnisse durch die Vererbung von Armut. Es gibt Kinder, die nicht nur arbeitslose Eltern haben, sondern sogar arbeitslose Großeltern. Die soziale Mobilität ist damit teilweise außer Kraft gesetzt. Einer aktuellen Studie der Bertelsmann Stiftung zufolge wird der Wechsel zwischen den sozialen Klassen immer schwieriger: „Die Dynamik absoluter Aufwärtsmobilität scheint trotz anhaltender Bildungsexpansion deutlich erlahmt zu sein. Dies bedeutet, dass die Mitte nicht mehr aus dem Zustrom von Aufsteigern wächst.“

Die Linkspartei im taktischen Dilemma

Es gibt also trotz einer vorsichtig positiven Entwicklung im Ruhrgebiet mehr als genug Probleme und damit auch Ansätze für linke Politik gegen kapitalistische Ungerechtigkeiten, ohne dass so getan werden müsste, als würde morgen die Welt untergehen. Wie kann arbeitslosen Menschen, die der Arbeitsmarkt ausgesondert hat, ein ausreichendes Einkommen aus eigener Anstrengung ermöglicht werden? Wie kann der weitere Strukturwandel und der Einsatz öffentlicher Mittel im Sinne der Fairness so gestaltet werden, dass die am schlechtesten gestellten Milieus am meisten davon profitieren? Kann der Begriff Strukturwandel vielleicht sogar links besetzt werden, etwa unter dem Stichwort „sozialer Strukturwandel“? Welche Perspektiven müssen entwickelt werden angesichts der Schrumpfung der Bevölkerung im Ruhrgebiet? Welche Änderungen auf der administrativen Ebene und darüber hinaus sind notwendig, um die Kooperation innerhalb des Ruhrgebietes sowie nach außen weiter zu entwickeln? Wie kann die übermäßige Verschuldung der Ruhrgebietskommunen zurückgeführt werden, ohne die (soziale) Infrastruktur zu zerschlagen und ohne übertriebene Erwartungen an Umverteilung? Die Linkspartei gibt mit Forderungen z.B. nach Mindestlohn und höheren Steuern auch teilweise Antworten auf diese Fragen. Sie hat aber auch Tendenzen mit apokalyptischen Visionen und düsteren Verelendungstheorien den Teufel an die Wand zu malen, um sich selber als leuchtenden Retter darzustellen. Es stellt sich die Frage, ob so nicht die Gefahr besteht, die resignierten Milieus nachhaltig zu demoralisieren und gänzlich von der Wahlurne fern zu halten. Hinzu kommt, dass mit dem Aufstellen von übertrieben unrealistischen Forderungen (30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ausgerechnet bei Opel, u.ä.) diejenigen verschreckt werden, die einen gewissen Anspruch an (linke) Politik haben. Dabei hat Die Linke mit ihrem systemkritischen Ansatz das Potential auch realistische und umsetzbare Antworten zu liefern. Es bedeutet nur harte Arbeit.

Thorsten Jannoff

Protokoll der Mitgliederversammlung „Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung (ArGe)“ am 4.1.2013 in Erfurt

An der Mitgliederversammlung nahmen 18 Genossinnen und Genossen teil.

Tagesordnung:

1. Bericht über den Stand unseres Archiv-Projektes in Zusammenarbeit mit dem Archiv der Rosa-Luxemburg-Stiftung
2. Bericht über ein Treffen der bundesweiten Zusammenschlüsse der Partei DIE LINKE
3. Finanzen
4. Sommer- und Winterschule 2013/2014
5. ArGe-Rundbrief
6. Verschiedenes

Sitzungsleitung: Brigitte Wolf

Protokoll: Barbara Burkhardt

1. Archivierung

Martin F. berichtete über den Stand unseres Archiv-Projektes in Zusammenarbeit mit dem Archiv der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Im Dezember 2012 wurde in einem Gespräch mit dem Leiter des Archivs der RLS geklärt, dass die Papierform unserer Publikationen ab 1992 bei der RLS in Berlin archiviert wird. Dies ist möglich, weil sowohl die ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung sowie der BWK bzw. später der „Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation“ seit 1992 Arbeitsgemeinschaften der PDS bzw. Linkspartei.PDS bzw. Partei DIE LINKE sind bzw. verbunden waren. Bei der Übergabe unserer Publikationen an das RLS-Archiv wird mit dem aktuellen Jahrgang, also 2012, begonnen und dann nach und nach die älteren Jahrgänge zur Archivierung vorbereitet. Den Kontakt zum RLS-Archiv hält Barbara B., die auch für die Übergabe unserer Publikationen an das RLS-Archiv verantwortlich ist. Bereits jetzt sind teilweise und vereinzelt unsere lokalen Zeitungen und Veröffentlichungen im RLS-Archiv in der Sammlung „Kleine Zeitungen der Partei DIE LINKE und ihres Umfeldes“ vorhanden.

2. Treffen der bundesweiten Zusammenschlüsse der Partei DIE LINKE.

Wolfgang Freye berichtete über das Treffen der Zusammenschlüsse mit dem Bundesgeschäftsführer und Schatzmeister der Partei DIE LINKE im Oktober 2012. Themen waren der Finanzplan 2013 und die Bundestagswahl in diesem Jahr. Die Zusammenschlüsse wurden aufgefordert, Beiträge für das Wahlprogramm einzureichen. Ein Wahlschwerpunkt sollte auch die Stärkung der Bürgerrechte sein.

3. Finanzen.

Für das Jahr 2013 wurde für die ArGe wie im Vorjahr ein Etat von 4.000 € vom Parteivorstand bewilligt. 2012 hatte die ArGe insgesamt 4.381 € ausgegeben, davon 1.732 € aus dem Etat des Parteivorstands. Die restlichen 2.649 Euro wurden durch Spenden gedeckt. Die ArGe hat damit eines der höchsten Spendenaufkommen der Bundesarbeitsgemeinschaften der Partei DIE LINKE.

Beschluss: Die Mitgliederversammlung der ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung beschließt, dass die Logistik/Provider-Kosten für die Online-Archivierung und Zugänglichmachung der Doku-

mente der ArGe aus dem Etat der ArGe finanziert werden.

ArGe-Mitgliederliste: Um den Status einer anerkannten Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke zu behalten, muss wieder die Zahl der ArGe-Mitglieder dem Parteivorstand gemeldet werden. Das ist zuletzt 2011 geschehen. Sprecherin und Sprecher der ArGe werden für 2013 die Mitglieder-Liste zeitnah überprüfen und gegebenenfalls aktualisieren.

4. Sommer- und Winterschule 2013/2014

Sommerschule 2013: Wegen der umfangreichen Aktivitäten im Rahmen der Bundestagswahl im September wird die Sommerschule nicht in Erfurt, sondern dezentral stattfinden. Geplant sind drei ArGe-Diszussionsveranstaltungen:

24.3.2013 in Frankfurt. Veranstalter: AG Internationale Politik. Thema: **Rolle der Türkei in Europa/Mittleren Osten.** Vorschläge zur Mittelost-Förderung. Kontakt: Matthias P. Die Veranstaltung findet im Anschluss an die Jahrestagung des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation statt (siehe Seite 1).

26.7. (abends) und 27.7.2013 (ganztags) in München
Veranstalter: Kurs Wirtschaft. Thema: **Wirtschaften im Raum.** Kontakt: Martin F.

Freitag 26.7., Thema: Wirtschaftliche Entwicklung – Das bayerische Konzept als Auslaufmodell. Regionalplanung mit den Nachbarn, nicht gegen die Nachbarn!

Samstag, 27.7., Thema: Wirtschaftsgeografie – Texte zur Einführung.

Zum Verständnis der verschiedenen Ansätze / Projekte der Regionalplanung, die im politischen Raum kursieren, werden ausgewählte Texte aus dem Wissenschaftsbereich der Wirtschaftsgeografie zusammengestellt.

Im Herbst in Hamburg. Der am 4.1. vorgeschlagene Termin (3. bis 5.10.2013) muss verschoben werden, ein neuer Termin wird noch gesucht (Anmerkung: Inzwischen konnte der 18./19.Okt. als Termin vereinbart werden, ausführlich siehe Seite 3). Veranstalter: Kurs Philosophie/Kulturwissenschaft. Weiterführung des Themas „Parteiensystem, Parteienbildung, Parteienpluralismus“. Kontakt: Eva Detscher.

Winterschule 2014. Die Winterschule findet vom 2. bis 4.1.2014 wieder in Erfurt statt. Die ArGe-MV wird von Brigitte W. und Wolfgang F. vorbereitet.

5. ArGe-Rundbrief:

Der Versand des Rundbriefs mit Berichten aus den Kursen der Winterschule 2013 wird mit den Politischen Berichten im März erfolgen. Koordination über die Sprecher/innen der ArGe.

6. Verschiedenes.

Mandat im Bundesausschuss: Ein Mandat mit beratender Stimme im Bundesausschuss hat die ArGe nicht mehr. Dieses Mandat beruhte bei allen Zusammenschlüssen auf einem Beschluss des Parteitag, der nicht erneuert/verlängert wurde.

Für den Parteitag hat die ArGe jedoch – wie alle kleineren Zusammenschlüsse – nach wie vor zwei Delegiertenmandate mit beratender Stimme.

Für die Richtigkeit: *Barbara Burkhardt*